
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 3

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

am 05.10.2011

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Brigitte Cziehso (SPD)

Wolfgang Kerak (SPD)

Dieter Mendrina (SPD)

Hans-Jörg Piasecki (SPD)

Heinz Steffen (SPD)

Walter Teumert (SPD)

Rüdiger Weiß (SPD)

Peter Dörner (CDU)

Wilhelm Jasperneite (CDU)

anwesend bis 17.00 Uhr

Helmut Krause (CDU)

Gerhard Meyer (CDU)

Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michael Klostermann (FDP)

Gero-Heinrich Bangerter (FDP)

Werner Sell (DIE LINKE.)

Helmut Stalz (FWG)

Ursula Lindstedt (SPD)

Gerd Oldenburg (SPD)

Ursula Sopora (CDU)

Marlies Deppe (CDU)

anwesend bis 16.30 Uhr

sachkundige Bürger

Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel (GFL)

anwesend bis 17.20 Uhr

Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann

Herr Appel, L FD 10

Herr Adam, FD 10

Frau Scholz, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Rehbaum, Westfälische Verkehrsgesellschaft (WVG)

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der Fraktion

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Durch den Ausschuss wird aufgrund der Abwesenheit des Vorsitzenden sowie des stellvertretenden Vorsitzenden gem. § 24 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung Herr Heinz Steffen zum Vorsitzenden der Sitzung einstimmig gewählt.

Herr Steffen begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Tagesordnungspunkt 3 wird gestrichen, da Herr Sell den von der Fraktion DIE LINKE. gestellten Antrag zurückzieht. Dieser soll in der nächsten Ausschusssitzung erneut gestellt werden. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für EinwohnerInnen

Punkt 2

Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

Punkt 3

172/11

Vorlage von Wirtschaftsplänen durch Gesellschaften mit Beteiligung des Kreises Unna

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.06.2011

Punkt 4

131-1/11

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2011

Punkt 5

147/11

Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA für den Bereich Finanzen

Punkt 6

124/11

10. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Punkt 7

173/11

Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Punkt 8

Vorstellung der VKU durch die Geschäftsführung

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für EinwohnerInnen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern des Kreises Unna ergeben sich nicht.

Punkt 2

Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Birgit Scholz als Schriftführerin für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

172/11

Vorlage von Wirtschaftsplänen durch Gesellschaften mit Beteiligung des Kreises Unna

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.06.2011

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen und wird in der nächsten Ausschusssitzung erneut gestellt.

Punkt 4

131-1/11

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2011

Erörterung

Herr Stratmann führt zum Budgetbericht ergänzend aus, dass die Situation sich zum Stichtag 30.09.2011 ähnlich wie zum Stichtag 30.06.2011 entwickeln werde. Es gäbe hohe Aufwände im Bereich der Unterkunftskosten. Die Entwicklung habe sich noch nicht verändert, da die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nicht rückgängig sei. Es würden nach wie vor Spielräume für eine Senkung der Kreisumlage gesehen; die Grundlage dafür gehe aus dem Bereich Bildungs- und Teilhabegesetz hervor. Die Rückstellung für das Projekt „Massen 3/4“ in Höhe von 3,8 Mio. € könne in Bezug auf die Umlagesenkung auch zum Tragen kommen. Evtl. könne in der Kreistagssitzung am 20.12.2011 der Haushalt 2012 sowie eine Umlagesenkung 2011 beschlossen werden. Auf Nachfrage von Herrn Meyer teilt Herr Stratmann mit, dass durch die Umlagesenkung für 2011 auch Senkung der Zahllast möglich sei. Für das Jahr 2012 könne Herr Stratmann noch keine Angaben machen. Auf Nachfrage von Herrn Stalz führt Herr Stratmann aus, dass die Kosten der Grundsicherung in den kommenden Jahren komplett vom Bund übernommen würden. Dies erfolge schrittweise bis zur vollständigen Übernahme im Jahr 2014. Herr Appel teilt ergänzend mit, dass im Ergebnis 2011 rund 1,5 Mio. € Mehraufwand zu erwarten seien. Herr Meyer bittet um eine getrennte Abstimmung der im Beschlussvorschlag angeführten zwei Punkte. Der Vorsitzende teilt mit, dass er über die beiden Punkte getrennt abstimmen lasse.

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 30.06.2011 wird zur Kenntnis genommen.

1. Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 30.06.2011 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Budgetverschiebung in Höhe von 100.000 € vom Budget 40 „Schulen und Bildung“ in das Budget 69 „Natur und Umwelt“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

zu Punkt 1:

Der Budgetbericht wird zur Kenntnis genommen

zu Punkt 2:

mehrheitlich zugestimmt (6 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, 2 Enthaltungen der FWG- und GFL-Gruppe)

Punkt 5

147/11

Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA für den Bereich Finanzen

Erörterung

Herr Appel berichtet zu diesem Thema anhand einer Präsentation von Folien, welche dieser Niederschrift als Anlage Nr. 1 beigelegt sind. Auf Nachfrage teilt Herr Appel mit, dass der Kreis Unna keine Aktien mehr im Bestand habe. Die RWE-Aktien seien zu einem sehr hohen Kurs veräußert worden. Es habe ein sehr geringes Eigenkapital nachgewiesen werden können. Ziel sei die Aufstockung des Eigenkapitals auf 4 Mio. €. Die Liquidität sei kein Problem, dort befände man sich auf der Kreisebene im Plusbereich. Herr Stratmann führt zur Interkommunalen Zusammenarbeit aus, dass der Kreis Unna sowohl mit anderen Kreisen und kreisfreien Städten als auch innerhalb des Kreisgebietes einiges geschafft habe. Er sei dankbar für den Hinweis von Herrn Dr. Hofnagel, dass darüber nachgedacht werden solle, ein Verfahren wie z.B. bei der Stadt Nürnberg anzuwenden. Es müsse geprüft werden, ob eine Umsetzung möglich sei, zumal das Verfahren in Nürnberg durch die Bertelsmann-Stiftung gefördert würde und Bertelsmann ein guter Name für günstige Möglichkeiten sei. Herr Dr. Hofnagel teilt mit, dass er bereits mit dem Leiter der Stelle für Interkommunale Zusammenarbeit gesprochen und die Bereitschaft vernommen habe, dass eine Gesprächsführung möglich sei zur Durchführung größerer Veranstaltungen. Auf Nachfrage führt Herr Stratmann aus, dass ständig versucht werde Verbesserungen einzubringen, die u.a. auch bei der GPA-Prüfung festgestellt worden seien. Frau Cziehso regt an, zur Interkommunalen Zusammenarbeit eine Bestandsaufnahme durchzuführen, damit der aktuelle Stand betrachtet werden könne. Der Vorsitzende bricht die beginnende Diskussion mit dem Hinweis ab, dass diese nicht in den heutigen Ausschuss gehöre, sondern gesondert geführt werden müsse. Der Bericht solle in der heutigen Sitzung lediglich zur Kenntnis genommen werden.

Punkt 6

124/11

10. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Erörterung

Auf Nachfrage zu Punkt 11.1.4 (Gebührentarif) der Gebührensatzung teilt Herr Stratmann mit, dass die Kosten bisher zu niedrig angesetzt waren und somit hätten angepasst werden müssen. Lt. Herrn Appel habe die letzte Änderung vor drei Jahren stattgefunden. Herr Stratmann sagte zu, dass er sich genauere Informationen aus der Verwaltung holen werde, um die Nachfrage konkreter beantworten zu können. Der Vorsitzende erörtert, dass die Gebühren zu einem früheren Zeitpunkt hätten angepasst werden müssen. Es läge aber durchaus eine Berechtigung zur Erhöhung vor, da Gebühren nachgewiesen und verausgabt

werden müssen. Erst dann könne man die Ausgaben in Gebühren umsetzen. Herr Meyer fragt zum Punkt 6.4.2 nach, ob hier marktgerechte Preise vorlägen und ob die ebenfalls angepasst oder nur fortgeschrieben würden. Herr Appel teilt mit, dass diese und auch die andere Frage geprüft würden. Die Stellungnahme zu den angeführten Fragen ist dieser Niederschrift als Anlage Nr. 2 beigelegt.

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die 10. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna wird unter Berücksichtigung der im Gebührentarif vorgenommenen textlichen Änderungen und mit den in der Spalte „Gebühren neu“ ausgewiesenen Beträgen beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

173/11

Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Erörterung

Herr Prof. Dr. Hofnagel fragt nach, wie sich die Verbindlichkeiten bzw. das Kreditvolumen bei der VKU in den letzten drei Jahren entwickelt habe. Herr Rehbaum von der WVG nimmt vor seinem eigentlichen Vortrag zum Tagesordnungspunkt 8 Stellung zu dieser Frage und teilt mit, dass die Investitionen in den letzten Jahren stets gleich hoch seien. Es werde immer in 10 % der Fahrzeuge investiert (Austauschinvestition). Eine Vergrößerung habe es letztmalig 2004 gegeben. Die Eigen- und Fremdkapitalquote habe sich in den letzten Jahren nicht deutlich verändert. Herr Rehbaum teilt mit, dass er gerne die genauen Zahlen ermitteln könne, bittet an dieser Stelle, sofern der Ausschuss mit der Aussage zufrieden sei, dass sich grundsätzlich keine Verschlechterung eingestellt habe, es dabei zu belassen.

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreis Unna übernimmt - soweit kommunalaufsichtlich keine Bedenken bestehen - die erforderliche Ausfallbürgschaft für ein Darlehen in Höhe von 2,0 Mio. €, welches die VKU zur Finanzierung ihrer Investitionen im Jahr 2011 aufnimmt. Die Finanzierung soll auf dem Kapitalmarkt ausgeschrieben werden; das betreffende Kreditinstitut ist von der VKU noch zu benennen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (1 Enthaltung der CDU-Fraktion, 1 Enthaltung der Gruppe GFL)

Punkt 8

Vorstellung der VKU durch die Geschäftsführung

Erörterung

Der Vorsitzende begrüßt erneut Herrn Rehbaum von der WVG und erteilt diesem das Wort. Herr Rehbaum stellt sich vor und teilt mit, dass er Abteilungsdirektor für Finanzen, Personal und Recht bei der WVG und damit auch bei der VKU sei. In der WVG-Gruppe befinden sich neben der VKU noch weitere Unternehmen, hauptsächlich Busunternehmen. Die Vorstellung der VKU erfolgt anhand von Folien, welche dieser Niederschrift als Anlage Nr. 3 beigefügt sind. Im Anschluss an den Vortrag teilt Herr Rehbaum auf Nachfrage von Herrn Stalz mit, dass keine Informationen in Bezug auf eine Kostendeckung der einzelnen Linien vorlägen, da ansonsten ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmen losgetreten werden könnte. Es könne nicht gesagt werden, warum der Krankenstand so hoch sei. Durch den städtischen Verkehr würden die Fahrer stärker beansprucht. Mit Mitarbeitern, die durch häufige Abwesenheit aufgrund von Krankheit auffallen, würden regelmäßig Gespräche geführt, damit die Gründe für ihre Abwesenheit erkannt und Ausfälle evtl. durch Hilfsmaßnahmen verringert werden könnten. Auf Nachfrage von Herrn Kerak führt Herr Rehbaum aus, dass die Anzahl der Fahrgäste (Vergleich zwischen dem Kreis Recklinghausen und dem Kreis Unna) eine Frage des Angebotes sei. Das Angebot müsse erweitert werden. Im Seniorenbereich bestehe ebenfalls noch Erweiterungsbedarf. Dort müsse intensiver agiert werden. Der VRR-Tarif käme zurzeit nicht in Frage, da der jetzige Tarif vorteilhafter, vor allem günstiger sei. Durch eine Preiserhöhung würde die VKU Fahrgäste verlieren. Der Vorsitzende führt aus, dass dies bereits in den 90er Jahren anstand und aufgrund der Finanzierung abgelehnt worden sei. Auf Nachfrage von Herrn Stalz teilt Herr Rehbaum mit, dass zukünftige Einsparmöglichkeiten noch geprüft bzw. beschlossen werden müssten. Der Vorsitzende schlägt vor, dass alle Kommunen an dem Nahverkehrsplan mitarbeiten und Einsparmöglichkeiten genau geprüft werden müssten. Das gesamte Thema rund um den Nahverkehrsplan sei schwierig und nicht einfach umsetzbar.

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung 18.05 Uhr

Anlagen

1. Überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die GPA NRW – Teilbereich Finanzen
2. Stellungnahme des Steuerungsdienstes (FD 10) zu Punkt 6, Sitzungsvorlage Nr. 124/11
3. Folienpräsentation der VKU – „Wo steht die VKU?“

Steffen

Vorsitzender

Scholz

Schriftführerin